

Datenschutzinformation gültig ab 01.01.2023. Änderungen sind vorbehalten.

In dieser Datenschutzinformation erklären wir Ihnen, wie wir im Rahmen von betreuungsgerichtlichen Verfahren, der Vermittlung anderer Hilfen oder bei erweiterter Unterstützung mit Ihren personenbezogenen Daten umgehen und welche Rechte Ihnen zustehen.



Wir als der datenschutzrechtliche Verantwortliche tragen die Verantwortung für den Umgang mit ihren Daten und sind ihr direkter Ansprechpartner in allen Anliegen zum Datenschutz.

Die Verantwortung für den Datenschutz trägt:

Landratsamt Calw
Betreuungsbehörde
Vogteistr. 42-46, 75365 Calw
Telefon: 07051 / 160 – 0
E-Mail: 46.info@kreis-calw.de



Bei Fragen zum Datenschutz können Sie sich jederzeit vertraulich an den Datenschutzbeauftragten wenden:

Landratsamt Calw
Der Datenschutzbeauftragte
Vogteistr. 42-46, 75365 Calw
Telefon: 07051 / 160 – 0
E-Mail: datenschutz@kreis-calw.de



Bei der Aufsichtsbehörde können Sie hinsichtlich des Umgangs mit Ihren Daten formell beschweren:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Baden-Württemberg
Postfach 10 29 32
70025 Stuttgart
Telefon 0711 / 615541 – 0
E-Mail: poststelle@lfdi-bw.de



Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die uns direkt von Ihnen zur Verfügung gestellt worden sind. Folgende Datenkategorien werden von Ihnen verarbeitet:

Kontakt- und Stammdaten (Nachname, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Geburtsname, Nationalität, Familienstand, Geschlecht, Telefonnummer, E-Mail-Adresse).

Datenschutzinformation gültig ab 01.01.2023. Änderungen sind vorbehalten.

Gegebenenfalls weitere Angaben, wie Einkommens- und Vermögenssituation, Gesundheitsdaten, Angaben zur gesetzlichen Betreuung/Bevollmächtigten, Art und Bezug von Sozialleistungen, Angaben über familiäre und soziale Situation.

Wir erheben Daten unter Umständen auch bei Dritten, soweit wir hierzu gesetzlich oder über ihre Einwilligung befugt sind und dies für unsere Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Hierzu können zählen: Angehörige, Sozialleistungsträger (z.B. Sozialhilfeträger, Jobcenter), andere Behörden (z.B. Gesundheitsamt, Ausländerbehörde), Gerichte, Polizei- und Strafverfolgungsbehörden, Meldebehörden, Ärzte/Therapeuten, Pflegeheime/Krankenhäuser/Sozialstationen/Pflegedienste.



Ihre Daten werden ausschließlich für den Zweck verarbeitet, um im Rahmen der Mitwirkung am Verfahren dem Amts-/Betreuungsgericht oder Landgericht die Entscheidung über die Bestellung eines Betreuers, einer Unterbringungsmaßnahme oder eine andere betreuungsgerichtliche Maßnahme zu ermöglichen. Soweit Sie das wünschen, können ihre Daten auch zur Vermittlung anderer Hilfen und zu einer erweiterten Unterstützung genutzt werden.

Zu anderen Zwecken können ihre Daten nur dann verarbeitet werden, wenn dies gesetzlich gestattet ist. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn ihre Daten für die Aufklärung von Straftaten von Strafverfolgungsbehörden für Strafzwecke verarbeitet werden müssen.



Ihre Daten werden in der Regel in Form einer Stellungnahme bzw. eines Berichts im Rahmen der Aufgabenerfüllung an das zuständige Gericht übermittelt. Soweit eine gesetzliche Grundlage vorliegt oder mit ihrer Einwilligung können ihre Daten auch an weitere Dritte übermittelt werden. Hierzu zählen insbesondere: Sozialleistungsträger (z.B. Sozialhilfeträger, Jobcenter), andere Behörden (z.B. Gesundheitsamt, Ausländerbehörde), andere Gerichte, Polizei- und Strafverfolgungsbehörden, Betreuer/Bevollmächtigter.



Es findet keine Übermittlung von Daten an ein Drittland statt.



Ihre Daten werden gelöscht, wenn sie für die Durchführung der Aufgaben nicht mehr benötigt werden und soweit die weitere Speicherung gesetzlich nicht mehr erforderlich ist. Wird eine gesetzliche Betreuung eingerichtet, werden die Daten bis zum Ende der Betreuung gespeichert. Nach Ende der Betreuung werden die Daten nach 3 Jahren, bei Tod nach 1 Jahr gelöscht.

Datenschutzinformation gültig ab 01.01.2023. Änderungen sind vorbehalten.

Wird keine Betreuung eingerichtet, werden die Daten nach 3 Jahren gelöscht. Daten, die im Rahmen der Vermittlung anderer Hilfen und bei der erweiterten Unterstützung verarbeitet werden, werden nach Abschluss der Vermittlung bzw. Unterstützung nach 3 Jahren gelöscht.



Die Verarbeitung ihrer Daten erfolgt auf Grundlage der folgenden gesetzlichen Bestimmungen:

Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) und e), sowie Art. 9 Abs. 2 Buchst. B) DS-GVO i.V.m. §§ 4, 8, 11 Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG). Soweit eine Datenverarbeitung auf Grundlage ihrer Einwilligung erfolgt: Art. 6 Abs. 1 Buchst. a), sowie Art. 9 Abs. 2 Buchst. a) DS-GVO.



Sie als betroffene Person haben verschiedene Rechte:



Auskunft über die verarbeiteten Daten und auf Kopie,



Berichtigungsrecht, wenn wir falsche Daten von Ihnen verarbeiten,



Recht auf Löschung, es sei denn, dass noch gesetzliche Ausnahmen greifen,



Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung,



Recht, erteilte Einwilligungen zu widerrufen,



Widerspruchsrecht gegen eine Verarbeitung im öffentlichen Interesse,



Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde.